



Presseschau vom 10.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Die Geschichte eines ökonomischen Verrats (1) – Europa für die USA opfern

Wer hat das Sanktionsdesaster geplant, und warum? Es gibt ein Dokument, das der Schlüssel dazu sein könnte, wenn es denn echt ist. Die formulierten Interessenskonflikte jedenfalls sind real. Die Verantwortung für die drohende europäische Zerstörung ebenso. ...

<https://kurz.rt.com/36f1> bzw. [hier](#)

Alexander Nepogodin: Wie sicher sitzt der vom Westen unterstützte Präsident der Ukraine im Sattel?

In der Ukraine braut sich ein Komplott zusammen. Während die Medien über Verschwörungen zum Sturz von Wladimir Selenskij spekulieren, wird dieser nicht bereit sein, seine Macht einfach so abzugeben. Hinter diesen potenziellen Machenschaften sollen Neid und Missgunst stecken. ...

<https://kurz.rt.com/36go> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Erste internationale Konferenz von "Freie Linke" in Prag – Teil 1: Motivation und Hintergrund

Anfang September trafen sich "Freie Linke" mit Delegationen aus mehreren Ländern in Prag. Sie engagieren sich in ihren Ländern gegen Corona-, Kontroll- und Enteignungspolitik. Die Freien Linken gründeten sich, weil ihre Analyse und ihre Protestperspektive der von den "traditionellen Linken" widerspricht. ...

<https://kurz.rt.com/36gy> bzw. [hier](#)

Dmitri Trenin: Sechs Monate Spezialoperation: Was hofft Russland in der Ukraine zu erreichen?

Putins jüngste Äußerungen zeigen, dass sich die Denkweise in Moskau geändert hat und Kompromisse nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Das bedeutet, dass das, was Russland anstrebt, erst gewonnen und dann gesichert werden muss. ...

<https://kurz.rt.com/36mo> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:41 de.rt.com: Zwei Tote bei Beschuss des Donezker Stadtzentrums durch ukrainische Truppen

Wie das Hauptquartier der territorialen Verteidigung der Donezker Volksrepublik (DVR) am Freitag in einer Erklärung auf seinem Telegram-Kanal mitteilte, wurden zwei Menschen getötet und fünf verletzt, als ukrainische Truppen den zentralen Woroschilowski-Bezirk von Donezk beschossen. Zuvor hatte ein Korrespondent von RIA Nowosti am Freitag berichtet, dass mehrere Menschen verletzt wurden, als ukrainische Truppen einen Park im Zentrum von Donezk beschossen.

Eine Vertretung der DVR berichtete am Freitag, dass ukrainische Truppen 15 NATO-Granaten des Kalibers 155 Millimeter auf Donezk abgefeuert haben, darunter eine NATO-Granate des Kalibers 155 Millimeter, die auf den zentralen Stadtteil Woroschilowski abgefeuert wurde. Artillerie des Kalibers 155 Millimeter wird von den NATO-Ländern eingesetzt. Die Ukraine

hat auch ein einziges Exemplar der selbstfahrenden Rad-Artillerie Bogdan für dieses Kaliber entwickelt und hergestellt. Zuvor hatten die Vereinigten Staaten Kiew Langstreckenhaubitzen des Kalibers M-777 mit 155 Millimeter geliefert, die von den ukrainischen Truppen bereits zur Beschießung von Städten, darunter Donezk, eingesetzt worden waren, was zum Tod von Zivilisten führte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b881d48fbef3de416d91a.jpg>

Teilweise zerstörtes Gebäude in Donezk

21:04 de.rt.com: **Zankapfel statt Druschba – Brandenburg droht mit Ausstieg aus Arbeitsgruppe zu Schwedt**

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Zukunft der Ölraffinerie in Schwedt ringt seit Monaten um Antworten, wie es nach dem auf EU-Ebene vereinbarten Embargo weitergehen soll. Dabei stehen Tausende Arbeitsplätze und die überregionale Treibstoffversorgung auf dem Spiel. Sehr wenige Monate vor Beginn des Ölembargos gegen Russland mutet der Zukunftsplan für die PCK Raffinerie im brandenburgischen Schwedt vielen noch zu schwammig an. An der Frage, was nach dem Embargo gegen Russland ab dem 1. Januar 2023 aus der Raffinerie wird, hängen rund 1.200 Arbeitsplätze und die Versorgung ganzer Regionen mit Kraft- und Brennstoffen. Nun droht die brandenburgische Landesregierung mit einem Ausstieg aus der seit Ende Mai bestehenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe:

"Ohne konkrete Zusagen in der Sache, einen verbindlichen Fahrplan und eine bessere Transparenz wird für uns eine weitere Mitwirkung in der Task Force Schwedt und in den Arbeitsgruppen nicht mehr zielführend sein", schrieben Wirtschaftsminister Jörg Steinbach und Finanzministerin Katrin Lange (beide SPD) an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

Demnach fehlten bislang verlässliche und schriftlich fixierte Aussagen der Bundesregierung, wie der überregional bedeutsame Industriestandort Schwedt gesichert und die Folgen des Ölembargos abgefangen werden könnten.

Soeben erst hatte Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke (ebenfalls SPD) vom Bund eine Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten bis mindestens Ende 2024 und den Ausschluss von Kurzarbeit verlangt. Dafür forderte er 1,5 Milliarden Euro vom Bund zwecks Neuausrichtung des Ölraffinerie-Standorts. Auch Steinbach, der nun den Brief an die Bundesregierung unterschrieb, hatte von den Milliardenhilfen gesprochen, die Brandenburg benötige, und zugleich landeseigene Mittel angekündigt. "Der Ministerpräsident hat in diesem Zusammenhang zugesagt, dass, wenn die Transformationshilfe sich in einer Höhe von 1,5 Milliarden Euro bewegt und die dann über 15 Jahre gestreckt wird, wir uns jedes Jahr mit zehn Millionen daran mitbeteiligen werden."

Derweil hat die Bundesregierung der PCK-Raffinerie jüngst erneut eine Bestandsgarantie zugesichert – auch nach Beginn des europäischen Ölembargos. "Es wird auch im nächsten

Jahr hier Rohöl verarbeitet werden. Es wird kein russisches Rohöl sein, aber es wird Rohöl verarbeitet", verkündete der zuständige Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen) im rbb-Bürgertalk „Wir müssen reden“.

Deutschland hat sich im Frühjahr vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise auf EU-Ebene verpflichtet, ab Anfang 2023 auf russisches Öl zu verzichten. Die großen Raffinerien in Leuna in Sachsen-Anhalt und Schwedt hängen an der russischen Pipeline Druschba (Freundschaft). Während sich Leuna umorientiert, geht für die bisher von Rosneft betriebene PCK-Raffinerie in Schwedt die Suche nach Alternativen wohl weiter.

Doch bleibt weiter unklar, wie genau eine Bestandsgarantie realisiert werden könnte, da über Rostock nur wenig mehr als 50 Prozent kommen können. Kellner, der Leiter der PCK-Arbeitsgruppe ist, hatte im Sommer erklärt, dass die Raffinerie innerhalb der nächsten zwei Jahre bis zu drei Viertel ihres Öls über den Rostocker Hafen erhalten soll. Dafür müsse die bestehende Pipeline zwischen Rostock und Schwedt noch verbessert werden, etwa durch den Anschluss zusätzlicher Pumpen. Entsprechende Planungsarbeiten liefen. Bis dato könne man nach Aussage von Gutachtern 50 bis 55 Prozent des Bedarfs über die Leitung liefern. Dank Mitteln zur Verbesserung des Ölflusses könne man zusätzlich sieben bis zehn Prozent herausholen. Das solle bis Ende des Jahres geschehen.

Doch Rosneft warnte jüngst, dass die Raffinerie Schwedt ab dem kommenden Jahr wegen des Importstopps für Öl nur noch zur Hälfte ausgelastet sein werde, was Einbußen von bis zu 300 Millionen Euro im Jahr mit entsprechenden Auswirkungen auf die Steuerzahlungen in die deutsche Staatskasse nach sich zieht. Zu erwarten seien auch steigende Benzin- und Treibstoffpreise in ganz Deutschland. Rosneft erprobe zwar alternative Lieferwege. Doch das per Tanker nach Rostock gebrachte Öl aus den USA sei um 30 Prozent teurer als das Pipeline-Öl.

Kellner äußerte sich zuversichtlich, dass Polen zusätzliches Rohöl liefern könne. Genaue Liefermengen nannte er jedoch nicht. Eigentlich sollte die Taskforce aus Vertretern von Bund, Land und Schwedt im August zu einer dritten Sitzung zusammenkommen. Laut einem Sprecher des Brandenburger Innenministeriums ist dies aber nicht passiert, wie der rbb berichtet.

"Wir sind mit den Ergebnissen sehr unzufrieden", klagte dazu der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag, Daniel Keller, für die gesamte Regierungskoalition. Demnach sei so kurz vor knapp völlig unklar, wo das Öl herkommen soll, um nach dem Embargo-Start in Schwedt weiter produzieren zu können. Seine Partei wolle auch endlich verbindliche schriftliche Aussagen, so Keller, da Zusagen darüber, dass alle PCK-Beschäftigten auch im Januar weiterarbeiten können, bisher nur mündlich gegeben wurden. Diese Forderung adressiert der Brandenburger SPD-Fraktionschef ausdrücklich an Bundeswirtschaftsminister Habeck.

Allerdings war es Parteikollege Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der das Ölembargo in Brüssel vorangebracht hatte. Nichtsdestotrotz sehen auch Politiker der CDU die Verantwortlichkeit beim grünen Bundeswirtschaftsminister, appellierten doch die wirtschaftspolitischen Sprecher der ostdeutschen Landtagsfraktionen im Juli an Habeck, auch künftig russisches Öl für die Raffinerie im brandenburgischen Schwedt zu nutzen.

Ähnliche Forderungen, wenn auch weniger zielgerichtet adressiert, hatte zuvor bereits der Linken-Chef Martin Schirdewan geäußert. Die Bundesregierung habe sich zwar verpflichtet, das Embargo bis zum Jahresende umzusetzen, hatte Schirdewan im ZDF-Sommerinterview im Juli gesagt. "Aber gleichzeitig kann man doch darüber nachdenken, ob es nicht eine Ausnahmeregelung zumindest für die Betroffenen in der Region Schwedt gibt, um die Arbeitsplätze zu sichern." Für die Region sei ein Garantieplan notwendig, samt "Jobgarantien für die Leute, die unmittelbar davon betroffen sind".

Sebastian Walter von der Brandenburger Linken betont aber auch, dass das Land die

Verantwortung nicht einfach auf den Bund abwälzen könne. Es gehe schließlich um Brandenburger, und da könne man nicht ein Schwarzer-Peter-Spiel mit dem Bund spielen, zitiert ihn der rbb. "Wenn diese Landesregierung zum Ölembargo steht, dann muss sie auch selber – wenn nötig – Lohn und Beschäftigungsgarantien geben." Doch in der Brandenburger CDU wie auch in der gesamten Opposition – von AfD über Linke bis BVB/Freie Wähler – gibt es kaum Zustimmung zu den Sanktionen, weil es ohne russisches Öl keine Zukunft der PCK gebe.

Regierungschef Woidke hatte neben der Forderung nach der Neuausrichtung des Ölraffinerie-Standorts Schwedt in Höhe von 1,5 Milliarden Euro vom Bund eine Beteiligung des Landes mit 150 Millionen Euro zugesagt. Bei einer Sondersitzung des Kabinetts am Dienstag soll die weitere Strategie des Landes zur Bewältigung der Energiekrise und die Positionen gegenüber dem Bund verabredet werden. Zudem plant die Regierung ein Treffen mit Energieversorgern, Netzbetreibern, energieintensiven Unternehmen und Gewerkschaften.

"Die Herausforderungen zur Versorgungssicherheit und die Preisentwicklungen haben das Potenzial, unser wirtschaftliches und soziales Gefüge in bisher unbekanntem Ausmaß in Frage zu stellen", zitieren Medien aus dem internen Papier. Unternehmen und private Verbraucher müssten sich auf weiter steigende Gas- und Mineralölpreise einstellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631b2b16b480cc70ce544734.jpg>

21:05 de.rt.com: **Blinken: EU muss Preis für Konfrontation mit Russland zahlen**

Die EU-Länder müssen den Preis des Verlustes der günstigen Energiesituation für die Konfrontation mit Russland im Ukraine-Konflikt zahlen. Das erklärte US-Außenminister Antony Blinken in Polen vor seiner Abreise nach Brüssel. Er sagte laut [TASS](#):

"US-Präsident Biden hat von Anfang an gesagt, dass das Eintreten für das, was bei der russischen Aggression gegen die Ukraine auf dem Spiel steht, nicht umsonst sein wird."

"Es gibt einen Preis zu zahlen. Die Kosten der Untätigkeit, wenn man die Dinge laufen lässt, würden jedoch viel höher sein."

Seinen Angaben zufolge hätten die USA bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um ihre Energieprobleme zu lösen – wie zum Beispiel die Entnahme von Erdöl aus ihrer strategischen Reserve und die Lieferung von Flüssigerdgas nach Europa. Der Diplomat fügte hinzu, dass die EU-Mitgliedstaaten nun bestrebt seien, "den Winter zu überleben", und Washington habe ihnen seine Hilfe zugesagt. Blinken betonte, dass die EU in dieser Situation die Möglichkeit habe, ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen "ein für alle Mal" zu überwinden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b42feb480cc728a6b1858.jpg>

21:34 de.rt.com: **RIA Nowosti: Ukrainisches Militär beschießt Gebiet Charkow mit Streumunition**

Ukrainische Streitkräfte beschießen Städte und Dörfer im Gebiet Charkow nicht nur mit Raketen aus HIMARS-Raketenwerfern, sondern auch mit verbotener Streumunition, wie Flüchtlinge aus dem Gebiet, die nach Russland reisen, gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärten. Viktor, einer der Flüchtlinge, zeigte Elemente der Streumunition und sagte:

"Hier ist die Streumunition. Womit die Zivilisten beschossen wurden. Zeigt sie Selenskij, um ihn zu beschämen."

Wie er erklärte, flüchtete er, um dem ständigen Beschuss aus der Ukraine zu entgehen, und fügte hinzu:

"Erst wurde Balakleja plattgemacht, dann unser Dorf. Wir verließen das Dorf in Richtung Kupjansk. Drei Tage lang war der Beschuss in Kupjansk schrecklich. Jetzt fahren wir nach Russland."

Flüchtlinge, die an der Grenze Schlange standen, zeigten auch Spuren von Streumunition an ihren Autos, in denen sie mit Frauen und Kindern unterwegs sind. Das russische Verteidigungsministerium veröffentlichte zuvor Bilder von Truppen und Ausrüstung, die sich in Richtung Charkow bewegten, wo heftige Kämpfe mit ukrainischen Truppen im Gange sind, die am Mittwoch eine Gegenoffensive starteten.

21:55 de.rt.com: **IAEA: Lage im ukrainischen Atomkraftwerk Saporoschje "zunehmend prekär"**

Die Lage im umkämpften ukrainischen Kernkraftwerk Saporoschje ist weiterhin schwierig. Rafael Grossi, Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), warnte vor einem drohenden "nuklearen Unfall" am Standort und forderte, dass die Angriffe auf das Kernkraftwerk aufhören müssen.

In einer Erklärung vom Freitag äußerte Grossi, dass sich in dem Kraftwerk in der Südukraine eine "ernste Situation" entwickelt habe, als über Nacht der Strom in der Stadt Energodar, in der es sich befindet, durch Granatenbeschuss ausgefallen sei. Die Stadt stehe nun ohne fließendes Wasser, Strom und Abwasser dar.

Angesichts des "verstärkten und anhaltenden Beschusses" der Nuklearanlage "ist es unwahrscheinlich, dass eine zuverlässige Stromversorgung außerhalb der Stadt wiederhergestellt werden kann", warnte der Beamte. Die Anlage habe nun keine externe Stromversorgung mehr für die Kühlung von Reaktorkernen und Atommüll. Derzeit sei man

auf Dieselgeneratoren angewiesen, deren Vorräte noch zehn Tage reichen:

"Die Situation ist untragbar, und sie wird immer prekärer."

Grossi forderte daher die sofortige Einstellung des Beschusses in der gesamten Region und die Einrichtung einer "Sicherheitszone" um die Anlage.

Das zu Beginn des Konflikts von den russischen Streitkräften beschlagnahmte Kernkraftwerk und seine Umgebung sind in den letzten Wochen wiederholt unter Raketen- und Artilleriebeschuss geraten. Während Russland die Schuld für die Angriffe eindeutig Kiew zuschreibt, beschuldigen die Ukraine und einige westliche Beamte Moskau weiterhin, die von den eigenen Truppen kontrollierte Anlage zu beschießen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631b9bf948fbef457c347ec2.jpg>

Kernkraftwerk Saporoschje

22:36 de.rt.com: **Zahl der Opfer des Beschusses des Donezker Stadtzentrums steigt auf acht**

Die Zahl der Opfer des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte im Zentrum von Donezk ist auf acht gestiegen, teilte das Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der Volksrepublik Donezk am Freitag auf seinem Telegram-Kanal mit.

Zuvor hatte das Hauptquartier der DVR-Territorialverteidigung berichtet, dass bei einem Beschuss des zentralen Donezker Stadtteils Woroschilow durch ukrainische Truppen zwei Menschen getötet und fünf verletzt wurden.

22:50 de.rt.com: **Iran stellt Tarnkappenschiff vor – Iranischer Top-General warnt vor Israels Präsenz in der Region**

Vor dem Hintergrund der Spannungen zwischen den USA und Iran hat Teheran ein hochmodernes Patrouillenschiff vorgestellt. Ende August hatte die Revolutionsgarde am Persischen Golf ein US-Drohnschiff beschlagnahmt und dann versucht, es an die iranische Küste abzuschleppen.

Ein neues hochmodernes in Iran gebautes Patrouillenschiff namens "[Shahid Soleimani](#)" wurde von der Marine der Iranischen Revolutionsgarde (IRGC) in Dienst gestellt. Das iranische Militär erklärte, der Kampfschiff verfüge über Fähigkeiten zur Tarnung und zu Operationen auf hoher See. Die Tarnkappentechnik des Schiffes umfasst alle Techniken, die die Ortung des Wasserfahrzeugs erschweren. Mit anderen Worten, das Kampfschiff ist so konstruiert, dass es einen geringen Radarquerschnitt hat und der Radarerkennung entgeht, was es schwierig macht, das Schiff zu erkennen. Das Kampfschiff soll zudem mit einem Luftabwehrsystem mit kurzer und mittlerer Reichweite ausgestattet sein.

Das Tarnkappenschiff wurde am Montag bei einer Zeremonie in der Hafenstadt Bandar Abbas vorgestellt, die von Generalmajor Mohammad Bagheri, dem Generalstabschef der Streitkräfte, und dem Chef der IRGC, Hossein Salami, beaufsichtigt wurde.

Anfang des Sommers, als die Bauarbeiten abgeschlossen waren, hatte die Marine-Analyseseite [USNI News](#) auf der Grundlage verfügbarer Satellitenbilder aus der Vogelperspektive eine Vorschau auf die folgenden Fähigkeiten des iranischen Tarnkappenschiffes gegeben:

"Diese Kampfschiffe bieten mehr konventionelle Fähigkeiten als die unzähligen kleinen Boote, die von der IRGC-Marine betrieben werden. Sie könnten als Kommandoboot für

kleine Schnellboot-Flotten dienen, die mit Raketen, Torpedos, Minen, leichten Schiffsabwehrraketen und Drohnen bewaffnet sind.

"Sie könnten aber auch unabhängig voneinander operieren und einen Arm der IRGC mit größerer Reichweite darstellen."

Der iranische Top-General Bagheri sprach diese Woche eine [schriftliche Warnung](#) an die Länder in der Region aus, in denen die US-Armee stationiert ist. Er verwies dabei auf die Fähigkeit der iranischen Marine, die strategisch wichtige Straße von Hormus zu sichern. Bagheri verurteilte den Beitritt Israels zum US Central Command (CENTCOM) in der Region und beschuldigte Washington, das "Vakuum" seiner Präsenz in der Region aufgrund der Abzugspläne der US-Truppen dadurch ausfüllen zu wollen.

Er erklärte, dass die US-Armee in den letzten Monaten versucht habe, ihre Abwesenheit auszugleichen, die durch den Abzug ihrer Flugzeugträger, Hubschrauber und Zerstörer aus dem Persischen Golf und dem Golf von Oman entstanden sei, dass sie Israel erlaubte, dem CENTCOM beizutreten. Die Äußerungen fielen einen Tag, nachdem zwei atomwaffenfähige US-Bomber vom Typ B-52H als an Teheran gerichtete Botschaft einen Überflug über den Nahen Osten absolviert hatten.

Ende August war es zudem zu einem mysteriösen Vorfall im Persischen Golf gekommen: Die Iranische Revolutionsgarde hatte ein US-Drohnschiff [beschlag](#) und dann versucht, das Objekt an die iranische Küste abzuschleppen. Erst als sich ein Kriegsschiff und ein Hubschrauber der US-Marine dem Vorfallort genähert hatten, hatten die Iraner das unbemannte Wasserfahrzeug wieder freigegeben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631b204cb480cc31360a4e4a.jpg>
Patrouillenschiff "Shahid Soleimani"

vormittags:

7:00 de.rt.com: Militärisch-zivile Verwaltung des Gebiets Charkow: Einwohner sollten Kampfgebiet verlassen

Der Leiter der von Russland kontrollierten Territorien des Gebiets Charkow hat die Einwohner aufgerufen, ihre Häuser im Kampfgebiet zu verlassen. Witali Gantschew veröffentlichte auf Telegram eine Videoansprache, in der er sagte, dass sich die Situation vor Ort nicht besonders gut entwickle.

"Leider unternimmt der Gegner immer mehr Versuche, unsere Städte und Siedlungen zu vernichten. In der entstandenen Situation kann ich nicht zulassen, dass Zivilisten sterben, deswegen empfehle ich euch eindringlich, das Kampfgebiet zu verlassen."

Gantschew fügte hinzu, dass die Ortschaften, die jetzt von ukrainischen Truppen beschossen

würden, bald befreit würden. Bis dahin gelte es, das eigene Leben und die Gesundheit zu retten.

"Die Russische Föderation erwartet euch. Der Grenzschutz ist über Flüchtlinge aus dem Gebiet Charkow informiert worden. Dort wird man euch alle notwendige Hilfe leisten." Die örtlichen Behörden hätten bereits begonnen, die Bevölkerung von Kupjansk, Isjum, Schewtschenko und Balakleja zu evakuieren, so Gantschew.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631c19a448fbef457c347ecf.jpg>

Kämpfer des Innenministeriums der Volksrepublik Lugansk an der Grenze zum Gebiet Charkow, 20. April 2022

7:32 de.rt.com: **Städte- und Gemeindebund warnt vor Stromausfällen in Deutschland**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat angesichts der Unsicherheiten bei der Energieversorgung einen stärkeren Ausbau des zivilen Katastrophenschutzes gefordert. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer der Organisation, sagte der Welt am Sonntag, die Vorbereitung auf echte Krisensituationen müsse verbessert werden, da die Gefahr eines Blackouts gegeben sei.

"Deshalb müssen wir den zivilen Katastrophenschutz viel intensiver ausbauen."

Landsberg warnte im Gespräch mit der Zeitung vor der Gefahr einer "Überlastung des Stromnetzes – etwa wenn die 650.000 in diesem Jahr verkauften Heizlüfter ans Netz gehen, sollte die Gasversorgung ausfallen." Dies sei ein realistisches Szenario.

Er appellierte an die Bürger, die Empfehlungen des Bundes zum Katastrophenschutz ernst zu nehmen, wonach Bürger für mehrere Tage Wasser und Lebensmittel im Haus haben sollen und wies auf die möglichen Folgen eines großflächigen Stromausfalls hin.

"Dann läuft kein Wasser, man kann nicht tanken, nach zwei Tagen kann man sein Handy nicht mehr laden. Wir sind in keiner Weise auf so ein Szenario vorbereitet."

8:06 de.rt.com: **Bundeswehr nimmt im Oktober an NATO-Manöver in Estland teil**

Spezialisierte Kräfte von Luftwaffe und Marine sollen in Estland den Schutz von kritischer Infrastruktur des östlichen NATO-Partners trainieren. An der Übung "Baltic Tiger 2022" im Oktober werden sich nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur in der Spitzenzeit mehr als 150 Soldaten aus Deutschland beteiligen. Zum Trainingsprogramm gehört auch die Absicherung von Verbindungswegen sowie von Truppen "auf dem Marsch", wie sie bei der Verlegung von Verstärkungskräften nötig sein kann. Die gemeinsame Übung mit estnischen Verbänden ist im Großraum der Hauptstadt Tallinn und des NATO-Flugplatzes Ämari geplant. Die Übung wird auf Plätzen im Landesinneren, sowie in Hafenanlagen und

Unterwasserliegenschaften der estnischen Marine im Norden des Landes organisiert. Infolge des Ukraine-Kriegs will die NATO nach eigenen Angaben einen verstärkten Schutz der Bündnispartner an der Ostflanke sicherstellen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631c22e948fbef3de416d931.jpg>

8:34 de.rt.com: **Bundesaußenministerin Baerbock zum zweiten Mal seit Kriegsbeginn in Kiew**

Annalena Baerbock ist zu ihrem zweiten Ukraine-Besuch seit Kriegsbeginn in Kiew eingetroffen. Die Bundesaußenministerin und eine kleine Delegation reisten in der Nacht zum Samstag per Sonderzug von Polen aus in die ukrainische Hauptstadt. Die Grünen-Politikerin sagte bei ihrer Ankunft, dass in dieser schrecklichen Zeit zwischen Hoffen und Bangen die Menschen in der Ukraine auch auf die Hilfe Deutschlands vertraut hätten.

"Ich bin heute nach Kiew gereist, um zu zeigen, dass sie sich weiter auf uns verlassen können."

Sie wolle mit der Reise deutlich machen, dass Deutschland der Ukraine weiter beistehe, solange es nötig sei – mit der Lieferung von Waffen, mit humanitärer und finanzieller Unterstützung.

In Kiew will Baerbock unter anderem Gespräche mit ihrem ukrainischen Amtskollegen Dmitri Kuleba führen. Das weitere Programm wird aus Sicherheitsgründen zunächst geheim gehalten. Außerdem will die Außenministerin die deutsche Hilfe bei der Minenräumung und die Unterstützung bei der Aufarbeitung mutmaßlicher Kriegsverbrechen thematisieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631c3073b480cc615809a1ef.jpg>

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock trifft am 10. September 2022 in Kiew ein

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 10.09.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 30 Mann;
- 1 Panzer;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 2 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 9. September haben sie mehr als 11 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Elektromontashnik und Samulowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Vertreter der Newskij-Front haben mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR 5 Tonnen Trinkwasser für die Einwohner von Toschkowka geliefert.

Außerdem haben Soldaten der 7. Brigade der Volksmiliz der LVR im Rahmen des Projekts der Volksfront „Alles für den Sieg!“ humanitäre Hilfe erhalten, zu der notwendige Ausrüstung gehört.

9:04 de.rt.com: Volksrepublik Donezk meldet neun Tote und 26 Verletzte durch ukrainische Angriffe binnen 24 Stunden

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der letzten 24 Stunden 38 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 193 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Munition der Kaliber 155, 152 und 120 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten 14 Wohngebiete, darunter auch Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 9. September bis 6:00 Uhr am 10. September (Ortszeit) kamen neun Zivilisten in Bezirken von Donezk und in Gorlowka ums

Leben. Weitere 26 Einwohner von Donezk, Jassinowataja, Alexandrowka und Gorlowka, darunter eine Jugendliche, erlitten Verletzungen. Insgesamt wurden bei den ukrainischen Attacken 23 Wohnhäuser und drei zivile Infrastrukturobjekte in Donezk, Jassinowataja, Panteleimonowka und Saizewo beschädigt.

Am Vortag hatten die Behörden von Donezk über 41 Angriffe aus der Ukraine berichtet. Dabei wurden zwei Zivilisten getötet. Weitere zwölf erlitten Verletzungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631c2b4d48fbef4152128ac3.jpg>

Folgen ukrainischen Beschusses auf Donezk, 23. August 2022

9:27 de.rt.com: **IHK Neubrandenburg mahnt an: "Genug ist genug – die Zeit der Sonntagsreden ist vorbei"**

Mit nachdrücklichen Worten richtet die IHK Neubrandenburg an die verantwortliche Bundespolitik einen dringenden Appell. Darin wird die Situation der regionalen Unternehmen geschildert. Diese stünden aktuell "mit dem Rücken zur Wand". Die IHK fordert die sofortige Einführung eines Energiepreisdeckels.

Am 7. September tagte das Präsidium der Industrie- und Handelskammer – IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern. Einen Tag später veröffentlichte die IHK einen mahnenden Appell mit dem Titel:

"Genug ist genug – wir fordern schnelle und substanzielle Entlastungen unserer Unternehmen im Interesse ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!"

In dem offenen Schreiben, das auf der IHK-Webseite [veröffentlicht](#) wurde, schilderte der Präsident Dr. Wolfgang Blank mit ehrlichen und dramatischen Worten den Status quo für einen Großteil der regionalen Unternehmen. Er sagte:

"Die Unternehmen stehen angesichts explodierender Energiekosten mit dem Rücken zur Wand. Die Zeit der Sonntagsreden, von rein politischen Interessen getriebener Entscheidungen und irrlichternder Statements in Talk-Shows ist vorbei."

Von unbedingter Notwendigkeit seien jetzt "kompetente, fachlich fundierte und praxistaugliche Entscheidungen sowohl der Parlamente im Land, im Bund und auf europäischer Ebene, als auch der Regierungen und der EU- Kommission", so der Präsident des IHK-Regionalverbandes. Es werden daher drei Forderungen an die Bundespolitik gestellt:

1. Sofortige Einführung eines Energiepreisdeckels.
2. Substanzielle und schnelle Hilfen für den Klein- und Mittelstand, der das Rückgrat der Wirtschaft sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch bundesweit darstellt.
3. Europaweite Lösungen zur Deckelung der Energiekosten, um bereits jetzt vorhandene Wettbewerbsnachteile für die einheimische Wirtschaft zu beseitigen.

Aus Sicht der IHK Neubrandenburg stellt das sogenannte Dritte Energie-Entlastungspaket einen "herben Schlag" für die regionale Wirtschaft dar. Hauptgeschäftsführer Haasch [kommentierte](#) am 6. September in einer Gesamteinschätzung gegenüber dem Nordkurier: "Die Stimmung in den Unternehmen ist mies."

Es bestehe für ihn die große Gefahr, dass "bis zum Jahreswechsel viele Unternehmen ganz vom Markt verschwunden sind." Um dies zu verhindern, "werde die Wirtschaft in den nächsten Tagen mächtig Druck machen", so Haasch in dem Interview.

Der aktuelle Appell endet daher mit der Ankündigung:

"Den Druck, unter dem die 25.000 Unternehmen in der IHK-Region stehen, der ihre Existenz, der ihre Lebensleistungen, der Tausende und Abertausende Arbeitsplätze gefährdet – diesen Druck werden wir mit jedem Tag stärker auf die Politik ausüben, weil es um die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns und der hier lebenden und arbeitenden Menschen geht."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631b042ab480cc0f724a21c1.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz (Mitte), Finanzminister Christian Lindner (Mitte links) sowie Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck (links) auf Schloss Meseberg, 31. August 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 10.09.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **193 Geschosse** mit Rohrtartillerie des Kalibers 155mm und 152mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 9 Zivilisten, 26 wurden verletzt**. 26 Häuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Schützenpanzerwagen, 1 Panzerfahrzeug und ein Feldmunitionslager. 2 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Perwomajskoje und mehr als 30 Mann wurden neutralisiert.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der

Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:38 de.rt.com: **Volksrepublik Lugansk meldet seit acht Tagen keine ukrainischen Angriffe**

Die Behörden der Volksrepublik Lugansk haben am Vortag keine Angriffe aus der Ukraine registriert. Wie der Sprecher der Lugansker Volksmiliz, Andrei Marotschko, am Samstag auf Telegram [mitteilte](#), seien am 9. September 2022 keine Ortschaften auf dem Territorium der Volksrepublik beschossen worden. Somit haben die örtlichen Behörden bereits seit acht Tagen keine ukrainischen Angriffe mehr gemeldet.

Gleichzeitig erklärte Marotschko, dass Militärpioniere am Vortag mehr als elf Hektar Fläche von Sprengsätzen geräumt hätten. Die Minenräumarbeiten hätten demnach in den Ortschaften Elektromontaschnik und Samulowka stattgefunden.

Außerdem [berichtete](#) der Sprecher der Volksmiliz über erhebliche Verluste der ukrainischen Armee infolge der andauernden Offensive der Lugansker Truppen. Demnach seien 30 ukrainische Soldaten getötet worden. Darüber hinaus seien ein Panzer und fünf Schützenpanzer des Gegners außer Gefecht gesetzt worden.

10:11 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Saporoschje: Kiew nimmt einseitig keinen Strom vom AKW Saporoschje ab**

Nach Angaben der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje haben die ukrainischen Behörden einseitig die Stromlieferungen vom AKW Saporoschje eingestellt. Wie das Mitglied des Hauptrates der Gebietsverwaltung, Wladimir Rogow, der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mitteilte, sei die Einspeisung elektrischer Energie aus dem AKW in das Stromnetz der von Kiew kontrollierten Territorien des Gebietes gekappt worden. "Dabei ist die Einspeisung einseitig von der Ukraine eingestellt worden. Sie nehmen absichtlich keinen Strom mehr ab, obwohl die technische Möglichkeit, dorthin Strom zu liefern, gegeben ist."

Rogow zufolge würden die von Russland kontrollierten Zonen der Gebiete Cherson und Saporoschje weiterhin vom größten Atomkraftwerk in Europa mit Strom versorgt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631c2d1b48fbef3de416d93a.jpg>

Ein Verwaltungsgebäude des AKW Saporoschje, 1. September 2022

10:20 de.rt.com: **Unklare Lage um Kupjansk**

Die militärische Lage um die Stadt Kupjansk in dem Gebiet Charkow, die bislang unter russischer Kontrolle stand, ist am Sonnabendmorgen unübersichtlich geworden. Einige russische Kriegsberichterstatter, unter anderem Jewgeni Poddubny, meldeten am Vormittag, dass sich die russischen Truppen aus der Westhälfte der Stadt Kupjansk, die ein strategisch wichtiger Eisenbahnknotenpunkt ist, kampfflos zurückgezogen hätten. Er schreibt auch, dass inzwischen die Vorhut der ukrainischen Truppen dort aufgetaucht sei.

In ukrainischen Telegram-Kanälen kursieren [Aufnahmen](#), die zeigen, wie ukrainische Soldaten mit der Nationalflagge über den Dächern von Kupjansk posieren.

Andererseits teilte die militärische Verwaltung am Morgen mit, dass die zivil-militärische Verwaltung von Kupjansk trotz massiven Artilleriefeuers nach wie vor in der Stadt sei.

Unabhängig überprüfen lassen sich die Angaben nicht, das russische Verteidigungsministerium hat bislang keine Erklärung abgegeben.

11:16 de.rt.com: **Ukrainische Truppen feuern über Nacht fast 200 Geschosse auf Donezker Volksrepublik ab**

Die ukrainischen Streitkräfte haben in den vergangenen 24 Stunden fast 200 Geschosse auf das Gebiet der Volksrepublik Donezk (DVR) abgefeuert, wobei neun Zivilisten getötet und 26 verwundet wurden. Das vermeldete die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung der Fragen von Kriegsverbrechen der Ukraine. Die Behörde teilte auf ihrem [Telegram-Kanal](#) mit:

"Nach Informationen, die der Vertretung der DVR beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung der Fragen von Kriegsverbrechen der Ukraine vorliegen, hat der Feind in den vergangenen 24 Stunden 193 Geschosse aus Artilleriegeschützen der Kaliber 155 und 152 Millimeter sowie aus 120-Millimeter-Mörsern abgefeuert. Das Feuer war auf 14 bewohnte Gebiete der Republik gerichtet."

12:46 (11:46) [novorosinform.org](#): **Russische Truppen stoppten den Vormarsch der Streitkräfte der Ukraine in Krasny Liman**

Die ukrainischen Nationalisten geben ihre Versuche, Krasny Liman zu stürmen, nicht auf, die Kämpfe gehen weiter, berichtet Kriegskorrespondent Jewgenij Poddubnyj.

"Der Kampf in Liman geht weiter. Sie beißen die Zähne zusammen und kämpfen, es sieht gut aus. Der Feind wurde vorerst gestoppt", schrieb er auf seinem Telegram-Kanal.

Zuvor skizzierte Poddubnyj seine Vision der Situation in Richtung Charkow. Seiner Meinung nach wäre die Einkreisung der russischen Gruppierung in Isjum eine Katastrophe, daher sei die Entscheidung zum Personalabzug aus militärischer Sicht richtig.

"Dies ist eine tragische und bittere Episode, aber eine Episode globaler Konfrontation. Also müssen alle zusammenfinden, und nicht nur diejenigen, die an der Sonderoperation beteiligt sind. Jeder sollte seine Arbeit so gut wie möglich machen", bemerkte der Journalist.



https://novorosinform.org/content/images/29/17/52917_720x405.jpg

11:49 de.rt.com: Ukrainische Truppen beschießen Markt in der Nähe des Bahnhofs von Donezk – drei Tote

Drei Zivilisten wurde getötet und ein weiterer verwundet, als der Markt im Bezirk Kiewski, in der Nähe des Donezker Bahnhofs, beschossen wurde. Das [berichtete](#) das DVR-Hauptquartier für Verteidigung.

Zuvor hatte der Bürgermeister der Stadt, Alexei Kulemsin auf seinem Telegram-Kanal [geschrieben](#), dass ein Mann getötet wurde und Reihen von Verkaufsbuden in Flammen aufgegangen seien:

"Nach den erhaltenen Informationen haben die ukrainischen Faschisten den Markt in der Nähe des Bahnhofs beschossen. Vorläufigen Berichten zufolge wurde ein Zivilist getötet und eine Person verletzt. Infolge des Beschusses gerieten reihenweise Marktstände in Brand."

nachmittags:

13:05 (12:05) rusvesna.su: Ergänzung zur Lage in Krasny Liman

Poddubnyj präzisiert, dass der Feind nicht in die Nähe von Liman vordringen konnte, die Kämpfe finden in der Nähe von Dibrowa statt: "Leute, die jetzt heldenhaft in Richtung Liman kämpfen, berichten: 'Die Ukrofaschisten sind nicht in die Nähe von Liman gekommen, sie kämpfen viel weiter südlich, in Dibrowa und bei Brusowka. Die Einheiten der Streitkräfte der RF und ihrer Verbündeten kämpfen dort'".

12:17 de.rt.com: Kiew kündigt "Abrechnung" mit "pro-russischen" Zivilisten im Raum Balakleja an

Das ukrainische Staatsbüro für Ermittlungen gab am Freitag bekannt, dass es mit einer "Filterung" von Zivilisten in Balakleja, Gebiet Charkow, begonnen habe. Die Stadt sei angeblich von den Truppen der Kiewer Regierung eingenommen worden. Agenten der Behörde würden Balakleja nun nach Personen absuchen, die "eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen könnten." Das Büro erklärte in den sozialen Medien: "Der Zweck der Maßnahmen ist es, subversive Aktivitäten der Russen und ihrer Verbündeten zu verhindern."

Das Staatsbüro fügte hinzu, es werde "Informationen über Personen, die mit den Aggressoren zusammengearbeitet haben, sorgfältig verarbeiten" und "Kollaborateure und Verräter streng zur Rechenschaft ziehen." Die Behörde betonte:

"Die Zeit der Abrechnung ist gekommen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631c64ffb480cc387a5af316.jpg>
Flüchtlinge aus dem Gebiet Charkow warten am 9. September 2022 darauf, dass sie die Grenze zu Russland passieren können

13:25 de.rt.com: **Donbass: "Ewige Flamme" brennt wieder – Putin spricht bei Wiedereröffnung eines 2014 zerstörten Denkmals**

Zum ersten Mal seit 2014 wurde die "Ewige Flamme" zu Ehren der "Helden im Donbass" am Donnerstag in Schachtjorsk wieder entzündet. Unter Beisein der Regierungschefs der Donezker und der Lugansker Volksrepublik offenbarte eine feierliche Zeremonie den restaurierten Saur-Mogila-Gedenkkomplex.

Der russische Präsident Wladimir Putin wurde während der Eröffnungsfeier per Video zugeschaltet. Putin legte großen Wert auf die Erhaltung und Restaurierung von Gedenkstätten, sodass künftige Generationen niemals vergessen, welche Opfer im Kampf für die Freiheit erbracht wurden. Der russische Präsident erklärte:

"Uns blutet das Herz, wenn wir sehen, wie manche Länder Denkmäler für sowjetische Soldaten abreißen, die ihr Leben im Dienst der Freiheit ihres Volkes gaben, wie sie die Geschichte verhöhnern und ihre eigenen Väter, Großväter und Urgroßväter zynisch im Stich lassen. Für Russland ist das undenkbar. Wir sind das Fleisch des Fleisches unserer Helden."

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-

134310637&id=456257642&hash=22129c0bee7887fb" width="640" height="360"

frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456257642

14:01 de.rt.com: **DVR: Ukrainische Truppen beschießen Feuerwache in Wolnowacha**

Das ukrainische Militär soll eine Feuerwache in Wolnowacha beschossen haben. Dies wurde am Samstag auf dem Telegram-Kanal des Ministeriums für Notfallsituationen der Volksrepublik Donezk [mitgeteilt](#). Verletzte habe es demnach nicht gegeben, zwei Fahrzeuge seien jedoch beschädigt worden. In der Mitteilung hieß es:

"Um 10:35 Uhr wurde der Beschuss der 71. Feuer- und Rettungseinheit gemeldet, die sich im Dorf Nowotroizkoje in der Stadt Wolnowacha befindet."

14:33 de.rt.com: **Baerbock verspricht Ukraine weitere Hilfe bei der Minenräumung**

Außenministerin Annalena Baerbock hat der Ukraine weitere Unterstützung bei der Beseitigung von Minen in ehemaligen Kampfgebieten zugesichert. Neben der Lieferung von Waffen sei dies wichtig, um das Leben der Menschen in den betroffenen Gebieten sicherer zu machen, sagte die Grünen-Politikerin am Samstag beim Besuch eines Minenfeldes in Welikaja Dymarka, in der Nähe von Kiew.

Baerbock warf der russischen Armee vor, die Vororte Kiews "mit Minen verseucht" und gezielt Anti-Personen-Minen eingesetzt zu haben, um Zivilisten zu töten.

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hatte diese Woche zudem die Ausbildung ukrainischer Soldaten für die Minenräumung in Deutschland angekündigt. Insgesamt stellte die Bundesregierung sechs Millionen Euro für die Kampfmittelbeseitigung durch die Nichtregierungsorganisation HALO bereit. Bis Ende 2022 ist nach Angaben des Auswärtigen Amtes die Aufstockung um eine weitere Million geplant.

Indessen wirft die Volksrepublik Donezk der Ukraine vor, international verbotene Anti-Personen-Streulandminen PFM-1 einzusetzen. Durch solche Minen sollen bislang mehr als 60 Einwohner verletzt worden sein.

14:52 de.rt.com: **Ausländische Journalisten besuchen Gebiet Cherson**

Ausländische Journalisten haben dem Gebiet Cherson einen Besuch abgestattet. Das teilte der

stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung, Kirill Stremoussow, gegenüber [RIA Nowosti](#) mit. Er erklärte:

"Sie besuchten auch den befreiten Teil des Gebietes Nikolajew in der Frontstadt Snigirjowka. Im Gespräch mit ihnen haben wir erfahren, dass viele Menschen in Europa sich fragen, warum sie aufgrund eines Landes, das von Nazismus und Korruption beherrscht wird, Opfer bringen und ihm helfen sollten."

Stremoussow wies darauf hin, dass die Journalisten sich ungehindert ein Bild von der Lage im Gebiet machen und mit den Menschen sprechen konnten. Somit hätten sie Einblick in die tatsächliche Situation vor Ort erhalten.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/08/1e/1813179323_0:0:960:540_1280x0_80_0_0_2e990cab6a787d43a370472ed14ec4fb.jpg

15:24 de.rt.com: **DVR: Zwei ukrainische Sabotagegruppen, die Terroranschläge planten, ausgelöscht**

Zwei von der Ukraine entsandte Sabotage- und Aufklärungsgruppen, die Terroranschläge auf wichtige Einrichtungen verüben sollten, wurden in der Volksrepublik Donezk (DVR) ausgelöscht. Dies teilte das Ministerium für Staatssicherheit der Republik am Samstag mit. In der Erklärung hieß es laut TASS:

"Im Zuge der operativen und ermittlungstechnischen Aktivitäten erhielt das Ministerium für Staatssicherheit der DVR Informationen über die Entsendung gegnerischer Sabotage- und Aufklärungsgruppen in die Republik mit dem Ziel, Sabotage- und Terrorakte an kritischen Infrastruktureinrichtungen durchzuführen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631c7688b480cc2efa2ca185.jpg>

g

15:54 de.rt.com: **Bloomberg: Deutschlands Frust über Gasabkommen mit Nachbarländern**

In einem Bericht an das Parlament warnt Robert Habeck vor einer Verschärfung der Energiekrise in Deutschland. Die Nachbarländer verweigerten gegenseitige Solidaritätsabkommen über Gaslieferungen in Mangelsituationen aus Sorge um den Preis für ihre Zustimmung.

Das Papier wurde dem Energie- und Klimaausschuss des Bundestages am späten Mittwoch vorgelegt. Darin wird davon ausgegangen, dass diese Weigerungen die Gaskrise in Deutschland verschärfen könnten, "weil ein wesentlicher Baustein der EU-Gaskrisenresistenz in Form von bilateralen Abkommen nicht zur Verfügung steht".

Die Gas-Verteilungsabkommen zwischen den Mitgliedsstaaten sind Teil eines größeren EU-Mechanismus für Energienotfälle. Sie garantieren gegenseitige Gaslieferungen, wenn ein Land den Bedarf von Haushalten und sozialen Einrichtungen, welche nach EU-Recht besonderen Schutz genießen, nicht selbst decken kann.

Habeck zufolge lehnen die Länder bilaterale Abkommen mit Berlin vor allem deshalb ab, weil sie nicht für die Entschädigung ihrer Lieferanten aufkommen wollen, falls Gas nach Deutschland umgeleitet wird.

Der Wirtschaftsminister wies auch darauf hin, dass Deutschland Gespräche mit Italien und der Tschechischen Republik führt. Das Abkommen mit Italien wäre trilateral. Daran wäre auch die Schweiz beteiligt, da das Gas durch die Schweiz nach Deutschland geleitet werden müsste. Die Gespräche mit Rom sind bis nach den Wahlen für einen Monat auf Eis gelegt, so Habeck. Die Tschechische Republik wäre bereit, ein solches Abkommen zu unterzeichnen – allerdings nur unter der Bedingung einer vereinbarten Obergrenze für die staatliche Entschädigung der Lieferanten.

Angesichts dieser Probleme "sind derzeit keine Fortschritte bei den Verhandlungen über bilaterale Solidaritätsabkommen zu erwarten", betonte Habeck in dem Bericht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631c62deb480cc3964142f48.jpg>

15:57 de.rt.com: **Munitionsversteck ukrainischer Saboteure in Nowaja Kachowka entdeckt**

Die Polizei im Gebiet Cherson hat in einer Datscha in Nowaja Kachowka ein Munitionsversteck entdeckt, das vermutlich von einer Sabotage- und Aufklärungsgruppe angelegt wurde. Das berichtete die örtliche Polizeibehörde am Samstag laut [TASS](#).

Im Zuge einer Durchsuchung sollen Polizeibeamte in Zusammenarbeit mit der Militärpolizei und der Militärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation ein verstecktes Lager mit Waffen und Munition im Keller einer Datscha in der Stadt Nowaja Kachowka entdeckt haben. Dabei

beschlagnahmen die Ordnungskräfte große Mengen an Munition, Granaten, zwei Rauchbomben, eine Panzerabwehrmine und ein MANPAD-System "Igla". Das Arsenal soll angeblich den Mitgliedern einer im Gebiet operierenden Sabotage- und Aufklärungsgruppe gehören. Die Behörde wies darauf hin, dass ein Komplex von Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt werde, der darauf abzielt, Personen ausfindig zu machen, die an terroristischen Aktivitäten und an der illegalen Lagerung und Verbreitung von Waffen beteiligt sind.

16:15 de.rt.com: Russland meldet weitere Angriffe auf militärische Infrastruktur in Ukraine: Bis zu 300 ukrainische Soldaten getötet

Auf dem täglichen Briefing des russischen Verteidigungsministeriums hat der Behördensprecher Igor Konaschenkow über den weiteren Verlauf der russischen Sonderoperation in der Ukraine berichtet. Demnach habe die russische Armee mit Hochpräzisionswaffen den Stab der 5. Brigade der ukrainischen Nationalgarde sowie Einheiten der 92. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte und des Nationalisten-Verbandes "Kraken" in der Nähe der Ortschaften Balakleja und Tschugujew im Gebiet Charkow angegriffen. Getroffen worden sei auch der Kommandopunkt der 54. mechanisierten Brigade in der Nähe der Ortschaft Rai-Alexandrowka auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk. Bei diesen Schlägen seien bis zu 300 ukrainische Armeeingehörige getötet und bis zu 15 Kriegsgeräte außer Gefecht gesetzt worden.

Ferner berichtete Konaschenkow über andauernde Luft-, Raketen- und Artillerie-Angriffe, die das russische Militär auf militärische Infrastrukture Objekte in der Ukraine vornehme. In den letzten 24 Stunden seien sieben Kommandopunkte der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Ortschaften Rosowka, Otscheretino, Wodjanoje, Nowomichailowka und Ugledar auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk sowie Snigirjowka und Nowonikolajewka im Gebiet Nikolajew getroffen worden. Auch seien 48 ukrainische Artillerie-Einheiten sowie 178 Ansammlungen von Personal und Technik der ukrainischen Streitkräfte angegriffen worden. Dabei seien sechs Lager mit Raketen und Artilleriemunition auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk und in den Gebieten Dnepropetrowsk und Saporoschje zerstört worden. In der Nähe der Ortschaft Kaluga im Gebiet Nikolajew sei zudem eine ukrainische Radarstation außer Betrieb gesetzt worden. In der Nähe der Ortschaft Nowossjelowka Perwaja auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk sei außerdem eine 155-Millimeter-Haubitze vom Typ M777 aus US-Produktion zerstört worden.

Abschließend berichtete der russische Militärsprecher über den Abschuss von 13 ukrainischen Drohnen. Diese seien über den Gebieten Cherson, Charkow und Saporoschje sowie über der Volksrepublik Donezk getroffen worden. In der Nähe der Stadt Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson seien fünf HIMARS-Geschosse abgefangen worden.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 293 Flugzeuge, 152 Hubschrauber, 1.929 Drohnen, 374 Flugabwehrraketensysteme, 4.870 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 830 Mehrfachraketenwerfer sowie 3.375 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631c891148fbef406d23bc6b.jpg>

Ein Angehöriger einer Artillerie-Einheit des privaten Militärunternehmens "Wagner" greift mit einer 122-Millimeter-Haubitze vom Typ D30 Stellungen der ukrainischen Armee in der Nähe von Bachmut an, 7. September 2022

16:42 de.rt.com: **Russische Streitkräfte verlegen Truppen aus Gebiet Charkow an den Frontabschnitt Donezk**

Nach [Angaben](#) des russischen Verteidigungsministeriums wurden die russischen Truppen aus Balakleja und Isjum abgezogen, um sich neu zu formieren und ihre Anstrengungen am Frontabschnitt Donezk zu verstärken. Damit sollen die erklärten Ziele der militärischen Sonderoperation zur Befreiung des Donbass erreicht werden.

Im Verlauf dieser Operation sei eine Reihe von Ablenkungs- und Demonstrationsmaßnahmen durchgeführt worden, die das eigentliche Vorgehen der Truppen kennzeichneten. Um Verluste bei den russischen Streitkräften zu vermeiden, sei der Feind mit Luft-, Raketen- und Artilleriebeschuss angegriffen worden. Mehr als 2.000 ukrainische und ausländische Kämpfer sowie über 100 Einheiten von gepanzerten Fahrzeugen und Artillerie seien dabei in den letzten drei Tagen vernichtet worden.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 10. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Makedonowka und Oktjabrskoje wurde Ausrüstung installiert und Kommunikationsobjekte in Betrieb genommen, in Wolnowacha wurden Arbeiten zur Inbetriebnahme eines Kommunikationsobjekts durchgeführt.

In 37 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte an die Stromversorgung angeschlossen.

An Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 4500 Menschen.

In Mariupol, Wolnowacha, Krasnyj Liman und Luganskoje werden Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 19 Hektar Territorium untersucht und 112 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk und anderer Städte der DVR abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

z.mil.ru: Erklärung des offiziellen Vertreters des Verteidigungsministeriums Russlands

Zur Erreichung der erklärten Ziele der militärischen Spezialoperation zur Befreiung des Donbass wurde entschieden, die russischen Truppen, die sich in den Gebieten von Balakleja und Isjum befinden, umzugruppieren, um die Anstrengungen in Richtung Donezk verstärken. Zu diesem Zweck wurde in den letzten drei Tagen eine Operation zur Reduzierung und organisierten Verlegung der Truppengruppierung bei Isjum und Balakleja auf das Territorium der Donezker Volksrepublik durchgeführt.

Im Verlauf dieser Operation wurde eine Reihe ablenkender und demonstrativer Maßnahmen durchgeführt, wobei tatsächlich Aktivitäten der Truppen benannt wurden.

Um Schaden von den russischen Truppen abzuwenden wurde der Gegner heftig unter Einsatz von Luftwaffe, Rakentruppen und Artillerie angegriffen.

In drei Tagen wurden mehr als 2000 ukrainischer und ausländischer Kämpfer vernichtet, außerdem mehr als 100 Stück Panzertechnik und Artillerie.

17:11 de.rt.com: Tschechischer EU-Minister: Ungarn könnte wegen seiner Russland-Position die EU verlassen

Die Haltung der Regierung in Budapest in Bezug auf die Beziehungen zu Russland könnte zum Austritt Ungarns aus der Europäischen Union führen. Darauf wies der tschechische Minister für europäische Angelegenheiten, Mikuláš Bek, gegenüber dem tschechischen Radiosender Český rozhlas Plus hin.

Der Politiker hob dabei hervor, dass sich die ungarische Position zu Sanktionen gegen Moskau von der Haltung anderer EU-Mitglieder unterscheidet. Er erklärte:

"Verhandlungen in der EU sind oft schwierig, und viele Länder können sie aushandeln. Aber Ungarn ist meiner Meinung nach weit an den Rand eines merkwürdigen Abgrunds gekommen. Und es muss sich nun entscheiden, ob es von diesem Rand wekommt oder ein Risiko eingeht und den Sprung wagt, über dessen Folgen ich nicht spekulieren möchte."

Auf eine klärende Nachfrage des Moderators antwortete der Minister, dass er damit die Möglichkeit eines Austritts Ungarns aus der Europäischen Union meinte.

Nach eigenen Aussagen wolle sich Bek jedoch in den kommenden Monaten intensiv dafür einsetzen, dass Budapest im Fahrwasser der gesamteuropäischen Politik bleibe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631c736f48fbef4152128ad7.jpg>

Mikuláš Bek

17:38 de.rt.com: **Waffenversteck eines ukrainischen Scharfschützen im Gebiet Cherson entdeckt**

Polizeibeamte im Gebiet Cherson haben das Versteck eines Scharfschützen des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) im Dorf Nowaja Sburjewka entdeckt. Das teilte das Innenministerium des Gebietes am Samstag laut TASS mit. In der Erklärung hieß es: "Polizeibeamte des Stadtbezirks Golopristanski haben ein Munitionsversteck eines SBU-Scharfschützen entdeckt. Im Zuge von Ermittlungsmaßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Waffen und Munition im Dorf Nowaja Sburjewka wurden vom Einwohner K. folgende Dinge beschlagnahmt: 18 Geschosse RG-9 für den Anti-Panzer-Granatwerfer SPG-9, 18 Startermotoren für die PG-9-Geschosse des Anti-Panzer-Granatwerfers SPG-9 und eine abgeschägte Schrotflinte. Der SBU-Beamte selbst wurde in der Wohnung nicht vorgefunden."

Dan-news.info: **Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin zur Lage in Krasnyj Liman.**

„In Krasnyj Liman bleibt die Situation sehr ernst, wie auch in einer Reihe anderer Ortschaften im Norden der Republik. Ich bleibe mit den örtlichen Verwaltungen, den Notfalldiensten und unseren Einheiten in Verbindung.

Informationen gibt es sehr viele, ich kann sie aber nicht veröffentlichen, weil das zu Schaden führen könnte, was sich unsere Einheiten jetzt nicht erlauben können“, sagte Puschilin.

Zuvor war mitgeteilt worden dass im Zusammenhang mit der schwierigen militärischen Situation im Norden der DVR eine Reihe Familien aus Krasnyj Liman nach Jenakiewo übersiedelt sind, wo sie im Wohnheim des Jenakiewer Metallwerks untergebracht werden.

abends:

18:04 de.rt.com: **Serbiens Präsident Vučić: Brüssel forderte Belgrad auf, im westlichen Streit mit Russland Partei zu ergreifen**

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hat am Samstag in seiner Ansprache an die Nation bekannt gegeben, dass führende EU-Länder – darunter Deutschland und Frankreich – mit Unterstützung der USA Serbien aufgefordert hätten, nun die Wahl zwischen Russland und dem Westen zu treffen. Mit diesen Worten kommentierte der Politiker seine Gespräche mit dem EU-Sonderbeauftragten für den Westbalkan, Miroslav Lajčák, dem außen- und sicherheitspolitischen Berater des Bundeskanzlers, Jens Plötner, und dem Berater des französischen Präsidenten, Emmanuel Bonne.

Vučić zufolge seien die Verhandlungen alles andere als leicht gewesen. Die westlichen Großmächte hätten erklärt, dass sich Europa angesichts der laufenden Konfrontation mit Russland schützen müsse. Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitierte den serbischen Politiker mit den Worten:

"Wie mir gesagt wurde... Heute müssen sich alle dazu äußern, auf welcher Seite des Vorhangs sie bleiben wollen: Auf der Seite, wo die Wirtschaft schwindet und nicht mehr existiert, oder auf der Erfolgsseite, wo sie sich befinden."

Vučić sagte zwar nicht, was er darauf geantwortet habe. Zuvor hatte er aber erklärt, dass Belgrad weiterhin keine Sanktionen gegen Moskau verhängen wolle. Die westlichen Länder hätten ihn zudem aufgefordert, den Kosovo-Konflikt so schnell wie möglich zu lösen, weil dies ihnen zusätzliche Argumente im Streit mit Moskau geben könnte. Serbien werde nun erneut zu einem "Kollateralschaden" im Streit zwischen Großmächten, resümierte der serbische Präsident.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631c795a48fbef41aa0b101f.jpg>

18:29 de.rt.com: **Kiew: Mehr als 8.000 Wehrdienstverweigerer seit Februar an der Staatsgrenze festgenommen**

Tausende von ukrainischen Männern, die sich der Wehrpflicht entziehen wollten, seien seit Ende Februar an der Grenze des Landes festgenommen worden, wie die ukrainischen Behörden mitteilten.

Laut einer Infografik und einer dazugehörigen Erklärung, die der staatliche Grenzdienst der Ukraine am Samstag veröffentlichte, hätten die Grenzschützer seit der Einführung des Kriegsrechts mehr als 8.000 Wehrdienstverweigerer festgenommen, weil diese versucht haben, die Grenze illegal zu überqueren. Davon sollen 5.600 versucht haben, das Land abseits der offiziellen Kontrollpunkte zu verlassen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631cad9db480cc2a391fb8d7.jpg>

Eine ukrainische Grenzschützerin am Kontrollpunkt Krakivets-Korczowa an der ukrainisch-polnischen Grenze

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 10.09.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR mehr als 100 Geschosse mit Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 4 Zivilisten und 8 wurden verletzt**. 8 Gebäude und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Der Komplex von Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) wird weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **20 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 13 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:53 de.rt.com: **Volksfront liefert humanitäre Hilfe für Menschen, die das Gebiet Charkow verlassen**

Die Allrussische Volksbewegung "Volksfront" hat den Bewohnern von Balakleja, Kupjansk, Isjum und anderen Siedlungen im Gebiet Charkow, die wegen des Beschusses durch ukrainische Truppen nach Russland hatten fliehen müssen, dringend benötigte humanitäre Hilfe in Form von Wasser, Lebensmitteln und Hygieneartikel für Kinder geliefert. Das teilte der Pressedienst der Organisation laut RIA Nowosti mit.

Zuvor hatte der Leiter der befreiten Gebiete des Gebietes Charkow, Witali Gantschew, erklärt, dass die Behörden mit der Evakuierung der Menschen aus Kupjansk, Isjum, Schewtschenkowo und Balakleja begonnen und die Bewohner aufgefordert hätten, ihre Häuser im Kriegsgebiet zu verlassen.